

Er scheint wöchentlich einmal: Freitags.  
Anzeigen: Die fünfspaltige Beilage 40 Pf.  
Für die Ortsvereine 10 Pf.  
Im Abonnement nach Vereinbarung.  
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und in der Expedition.  
Eingetragen in der  
Polizei-Verzeichnisse.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O. 55,  
Greifswalderstr. 221/223.

## Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 44

Berlin, den 1. November 1912

23. Jahrg.

Fernsprech - Amt  
Königsplatz, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an E. Bleicher, Greifswalderstr. 221/223, Geldsendungen an W. Zieffe, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren.

Fernsprech - Amt  
Königsplatz, 4720

**Inhaltsverzeichnis.** Schutzzollpolitik und Arbeiterschaft. — Die Rechtswirksamkeit von Schiedsklauseln und Schiedssprüchen aus Tarifverträgen. — Das Holzgewerbe im Herbst 1912. — Die Ausbildung der Lehrlinge. — Rundschau: Bundesrat und Fleischsteuerung. Folgen einer schlechten Wahlbeteiligung. Selbstkenntnis. — Feuilleton: Einfaches Polierverfahren für Rahmenleisten, Möbel und dergleichen. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. Großenhain. Kaiserslautern. Posen. Themar. — Lohnbewegung. — Adressenänderungen. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Empfehlenswerte Schriften für die Bibliotheken unserer Ortsvereine. — Anzeigen.

### Schutzzollpolitik und Arbeiterschaft.

⊙ Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz hat es sich klar gezeigt, daß die Freihandelsdoktrin noch immer als der handelspolitische Leitfaden für die deutsche Arbeiterschaft gehalten wird. Vom liberalen Standpunkte aus ist diese Auffassung ja durchaus richtig, ebenso wie sie verkehrt vom sozialistischen Standpunkte aus ist. Schon Karl Marx hat nachgewiesen, daß die Arbeiterschaft weder für Schutzzoll noch für Freihandel sich einseitig und dauernd festlegen kann. Wenn es die deutsche Sozialdemokratie doch getan hat, so ist eben der Einfluß der Manchesterlehre auf sie überstark gewesen, und noch heute ist die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik in vielen wichtigen Punkten durchaus liberal und gar nicht sozialistisch. Willige Lebensmittelpreise auf alle Fälle — ist eine sehr schöne Parole für die Konsumenten, aber die Folge einer Politik, die nur auf die Verbilligung der Lebensmittelpreise hinarbeiten wollte, wäre nicht nur der Ruin der deutschen Landwirtschaft, sondern auch eine Verelendung der Arbeitermassen. Der wirtschaftliche Aufstieg der deutschen Arbeiterschaft ist mit der deutschen Schutzzollpolitik aufs engste verknüpft. Hatte Deutschland in seiner kaufkräftigen Landwirtschaft nicht einen guten Abnehmer auf dem Markt seiner industriellen Erzeugnisse, dann wäre die Position Deutschlands auf dem Weltmarkt nicht entfernt so kräftig, als sie heute ist. Wenn der deutschen Landwirtschaft infolge staatlicher Unterstützung in Form von Schutzzöllen große Summen zufließen, so möge man doch nicht vergessen, daß diese Summen größtenteils wieder zur Erhöhung und Befruchtung der Arbeitslosigkeit im Gewerbe hingegeben werden. Daß aber die deutsche Landwirtschaft im Wettbewerb gegen die überseeischen Agrarstaaten geschützt werden mußte, lag nicht nur im einseitigen Interesse der Landwirtschaft, sondern im Gesamtinteresse des deutschen Volkes. Oder sollten wir die Landwirtschaft, d. h. den Bauernstand zugrunde gehen lassen? Dann hätte die gewerbliche Arbeiterbevölkerung sehen können, ob sie die Kraft zu den Organisationen gefunden hätte, die sie sich heute auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiete geschaffen hat. Vom Auslandsmarkte allein kann die Arbeitslosigkeit nicht kommen, die unserer wachsenden Bevölkerung nötig ist. Wir hätten Menschen über Menschen exportieren müssen, und trotzdem hätte der Arbeitsmarkt unter dem Druck dauernden Ueberangebots gestanden. Das sind nun alles Gedankengänge, die der heutigen Sozialdemokratie noch recht ferne liegen. Vereinzelt dämmert wohl mal die Erkenntnis, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft eine wichtige Voraussetzung für unsere Stellung auf dem Weltmarkte ist, aber der kurzfristige Konsumentenstandpunkt bleibt doch immer noch vorherrschend. Wenn es der Sozialdemokratie einmal gelingen sollte, die Probe auf die Richtigkeit ihrer handelspolitischen Anschauungen zu machen, so würde die deutsche Arbeiterschaft sehr schnell gewahr werden, daß diese Politik zu einer Vernichtung aller ihrer wirtschaftlichen und organisatorischen Erfolge führt. Die natürliche Ueberlegenheit der überseeischen Agrarstaaten erfordert für die deutsche Landwirtschaft einen staatlichen Schutz solange, bis die natürliche Ueberlegenheit wegsinkt. Versagt man diesen Schutz, so müßte die deutsche Landwirtschaft in eine Koloniallage geraten und zurückgehen. Die Idee einer solchen Entwicklung hätte zuletzt aber auch die Industrie- und Arbeiterschaft mitzubehalten.

Vorstehende Zeilen entnehmen wir der Wochenschrift für „Kapital und Arbeit“ von Calwer. Ohne uns mit diesen Einzelheiten identifizieren zu wollen, muß doch gesagt werden, daß der Liberalismus sich

seiner Gesamtheit längst nicht mehr auf den absoluten Freihandel kräftigert, wie dies die Sozialdemokratie tut, weil er weiß, daß dadurch schwere Erschütterungen unseres gesamten Wirtschaftslebens damit verbunden wären, welche am letzten Ende die Arbeiterschaft treffen würde. Interessant waren uns jedoch diese Ausführungen, weil sie von einem Sozialisten stammen und die sozialdemokratische Gewerkschaftspressen Calwers statistische Arbeiten vielfach zu den ihrigen macht.

Der Großgrundbesitz ist es nach unserer Auffassung, der uns in die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse hineingedrängt hat. Deshalb haben wir die Forderung, die der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten aufgestellt hat: „Kampf gegen den Großgrundbesitz“, lebhaft begrüßt. Sollen unsere wirtschaftlichen Verhältnisse gesunden, dann muß statt dem sich breitmachenden Großgrundbesitz in den Gefilden Ostpreußens Bauerngut an Bauerngut geteilt werden. Daß die Agrarfrage für die Arbeiter eine der wichtigsten ist und in enger Verbindung mit der sozialen Frage steht, dürfte uns klar werden, wenn wir wissen, daß jährlich 200000 Landarbeiter nach der Stadt wandern und durch ihren Zugang den Lohn des Industriearbeiters drücken. Wenn es daher gelänge, die ländlichen Arbeiter zu selbständigen Bauern zu machen, dann wäre die Abwanderung vom Lande nach der Stadt unterbunden, was jedenfalls auf das Lohnniveau einen gewaltigen Einfluß ausüben und uns der Lösung der sozialen Frage ein bedeutendes Stück näher bringen würde.

### Die Rechtswirksamkeit von Schiedsklauseln und Schiedssprüchen aus Tarifverträgen.

Von Magistratsrat Dr. Maguhn, Berlin.

I.

Kürzlich hat Magistratsrat v. Schulz in der „Soz. Prolog“ von der Forderung des Hauptzollamts Berlin, den Schiedsspruch einer Tarifvertragsklausel zu stempeln, berichtet und gleichzeitig dieses Verlangen im Hinblick auf § 1026 ZPO. als unbegründet bezeichnet. Er geht davon aus, daß durch einen Tarifvertrag ein bestimmtes Rechtsverhältnis nicht begründet werde, der Schiedsvertrag daher unwirksam und infolgedessen der auf Grund des Schiedsvertrags gefällte Schiedsspruch gleichfalls ohne rechtliche Wirkung sei. Ein derartiger Schiedsspruch unterliege aber nicht der Stempelspflicht. Die Richtigkeit dieser Auffassung soll hier einer näheren Prüfung unterzogen werden.

Das Hauptzollamt gründet seine Forderung auf Tarifstelle 57 des Preussischen Landesstempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 und 26. Juni 1909. Danach sind stempelpflichtig „Schiedssprüche, und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsrichter“. Trotz dieses Wortlauts ist aber allgemein anerkannt, daß nicht alle Entscheidungen, welche äußerlich als Schiedssprüche sich darstellen, der Stempelspflicht unterliegen. Vielmehr fallen unter die erwähnte Tarifstelle nur solche Schiedssprüche, welche ein zwischen den Parteien freiwilliges Rechtsverhältnis endgültig regeln, also die Wirkung eines rechtskräftigen Urteils haben und einer Vollstreckung fähig sind. An die Stelle eines Urteils treten aber nur Schiedssprüche solcher Schiedsgerichte, denen ein Sondergesetz ausdrücklich die Befugnis zum Erlass bindender Entscheidungen beigelegt hat oder die kraft Parteiwillens, also durch rechtsgeschäftliche Vereinbarung, in Gemäßheit des Buches X der ZPO. (§§ 1025 ff.) begründet sind. Fehlen diese beiden Voraussetzungen, so kann von einer Stempelspflicht keine Rede sein; deshalb sind auch die nach § 71 ZPO. abzugebenden Schiedssprüche der gewerbegerichtlichen Einigungsämter stempelfrei, da sie den Streit unter den Parteien nicht erledigen und keinen zur Zwangsvollstreckung geeigneten Titel gewähren. Von den durch Sondergesetz errichteten Schiedsgerichten soll hier nicht gesprochen werden, da Tarifverträge lediglich auf Parteivereinbarung beruhen und somit nur die §§ 1025 ff. ZPO. für sie in Frage kommen. Nach diesen Vorschriften muß ein Schiedsspruch, um rechtswirksam zu sein, zunächst gewissen Formvorschriften hinsichtlich der Abfassung, Zustellung und Niederlegung genügen, auf welche die Parteien sich verzichten können und ohne deren Befolgung ein ordnungsmäßiger Schiedsspruch nicht denkbar ist. Von den in den Tarifverträgen vorge-

sehen Schiedsorganen werden indessen, wenigstens nach den Erfahrungen des Gewerbegerichts Berlin, fast niemals jene Formvorschriften sämtlich erfüllt, weil die Parteien hierauf wenig Wert legen. Schon aus diesem Grunde ist eine Stempelspflicht der Schiedssprüche meistens nicht gegeben. Wenn aber auch den erwähnten Bestimmungen (§§ 1039, 1041 Ziffer 5 ZPO.) Genüge geleistet wird, so muß weiterhin geprüft werden, ob der dem Schiedsspruch zugrunde liegende Schiedsvertrag rechtsgültig ist. Besteht letzterer nämlich nicht zu Recht, so fällt auch der Schiedsspruch in sich zusammen. Sonach hängt die Stempelspflichtigkeit eines Schiedsspruchs in erster Linie von der Rechtswirksamkeit des Schiedsvertrags ab. Die Streitfrage, ob letzterer ein prozessrechtlicher oder zivilrechtlicher Vertrag ist, braucht hier nicht erörtert zu werden; denn welche Vorschriften für ihn gelten, kann einem Zweifel nicht unterliegen. Zunächst kommen die §§ 1025 ff. ZPO., insbesondere § 1026, in Betracht, und zur Ergänzung treten die allgemeinen Bestimmungen des Vertragsrechts ein. Bei Schiedsverträgen, welche die Zuständigkeit der Gewerbegerichte und Kaufmannsgerichte ausschließen, sind außerdem § 6 ZPO. und § 6 ZGB. zu beachten.

Kann nun in einem Tarifvertrage ein Schiedsvertrag rechtswirksam vereinbart werden? Daß ein Schiedsvertrag einem anderen Vertrage beigelegt werden kann, ist unstreitig und geschieht auch sehr häufig bei Kauf-, Gesellschafts- und Versicherungsverträgen. Die Vorfrage aber ist, ob ein Tarifvertrag überhaupt einen rechtswirksamen Vertrag darstellt. Dieser bildet den Hauptvertrag, während die Schiedsklausel keine dem Tarifvertrag wesentliche Bestimmung ist, vielmehr nur dazu dient, die Durchführung des Tarifvertrags zu fördern und zu erleichtern. Ist nun der Hauptvertrag nichtig, so fällt damit regelmäßig auch der Schiedsvertrag in sich zusammen, soweit nicht aus dem Vertrage selbst etwas anderes zu entnehmen ist. Allgemein anerkannt wird aber heute, daß nach deutschem Recht der Tarifvertrag in der Regel ein vollwirksamer privatrechtlicher Vertrag eigener Art ist. Auch das Reichsgericht hat dies bereits mehrfach ausgesprochen. Allerdings kann auch ein Tarifvertrag ohne rechtliche Wirksamkeit sein, also nur ein tatsächliches Gebilde darstellen. Nach der Meinung einiger Schriftsteller trifft der Fall zu, sobald ein Tarifvertrag mit einer Organisation nicht rechtlichen Charakters abgeschlossen wird, bei welcher die individuelle Bestimmtheit der Mitglieder fehlt, also mit einer rechtlich nicht gebundenen Mehrheit von Personen, welche weder einen rechtsfähigen, noch einen nicht rechtsfähigen Verein, noch eine Gesellschaft bilden. Man spricht hier von einem „unbegrenzten“ Tarifvertrage. Die Richtigkeit dieser Auffassung soll hier nicht weiter nachgeprüft werden. Tritt man ihr aber bei, so würde nach obiger Ausführung der Schiedsvertrag gleichfalls unwirksam sein und Schiedssprüche, welche auf Grund dieses Schiedsvertrags gefällig werden, würden der Stempelspflicht nicht unterliegen. Ebenso liegt der Sachverhalt, wenn die Vertragsparteien eines Tarifvertrags nach übereinstimmendem Willen sich rechtlich gar nicht binden wollen, sondern das Entstehen rechtlicher Verbindlichkeiten ausdrücklich ausgeschlossen haben, wenn also die übernommenen Verpflichtungen trotz ihres äußerlich bindenden Charakters keine Rechtspflichten, sondern nur faktische Verbindlichkeiten bilden sollen. Auch hier würde der Tarifvertrag rechtlich ohne Bedeutung, demnach nur ein tatsächliches Gebilde sein. Daß auch tatsächlich derartige Verträge abgeschlossen werden, ergibt § 5 des Hauptvertrags für das deutsche Baugewerbe, in welchem unter Ausschluß des Rechtsweges ein Zentralschiedsgericht eingesetzt wird. Die protokolllarischen Erklärungen bemerken zur Erläuterung dieser Bestimmung: „Mit dem Ausschluß des Rechtsweges soll nach den übereinstimmenden Erklärungen der Parteien auch die Geltendmachung irgendwelcher vorwiegend rechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sein.“ Der fernere Grund für die Ungültigkeit eines Schiedsvertrags in rechtlich unwirksamen Tarifverträgen wird später erörtert werden.

Da, von den eben angeführten Ausnahmen abgesehen, der Tarifvertrag ein vollwirksames, nach den allgemeinen Grundsätzen des Vertragsrechts zu beurteilendes zweiseitiges Rechtsgeschäft ist, so hängt die Gültigkeit eines ihm beigelegten Schiedsvertrags und damit auch die bindende Kraft der Schiedssprüche sowie die Stempelpflichtigkeit der letzteren den eingangs gemachten Ausführungen gemäß lediglich davon ab,



inwieweit die §§ 1025 ff. BPO. und die ergänzenden Vorschriften des § 6 GGG., des § 6 RGG. sowie des BGG. auf ihn Anwendung finden können. Diese Frage ist bisher in der Literatur noch nicht eingehend erörtert worden, dagegen haben Schall, Einzeimer und Wölbling in ihren Abhandlungen über das Recht der Tarifverträge sie kurz gestreift. Was die Judikatur betrifft, so hat das Kammergericht in der Prozesssache des Dachdeckermeisters Aligaus und Genossen gegen den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands usw. in der Entscheidung vom 15. März 1911 hierzu Stellung genommen. In jenem Rechtsstreit war die Einrede erhoben worden, daß seine Erledigung durch ein im Tarifverträge der Dachdeckerberufe eingeschaltetes Schiedsgericht (Tarifkommission und Einigungsamt des Gewerbegerichts) zu erfolgen hätte. Das Reichsgericht hat unter dem 19. Dezember 1911 das erwähnte Urteil des Kammergerichts aufgehoben und in seinem Erkenntnis zu der hier erörterten Frage beachtenswerte Gesichtspunkte aufgestellt. Es sollen zunächst die Meinungen der genannten Schriftsteller sowie die Gründe der erwähnten Urteile in kurzem Umriß dargelegt und hieran soll eine kritische Erörterung derselben geknüpft werden.

**Das Holzgewerbe im Herbst 1912.**

Während die deutsche Holzindustrie im ersten Semester dieses Jahres im ganzen wenig befriedigend arbeitete, macht sich seit dem Hochsommer eine Besserung geltend, die gegenwärtig noch anhält. Man darf bei dieser Beurteilung der Lage freilich nicht übersehen, daß die andauernde Ermattung im Bau-gewerbe noch immer hemmend auf den Geschäftsgang vieler Werke der Holzindustrie einwirkt. Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz ging in den ersten 8 Monaten dieses Jahres über den Import des Vorjahres nicht unerheblich hinaus. Von Januar bis August 1912 brachte das Ausland 39,98 Millionen Doppelzentner Holz am deutschen Markt unter, d. h. 1,34 Millionen Doppelzentner oder 3,45 Prozent mehr als in der Korrespondenzzeit des verfloffenen Jahres. Für den Import der Berichtszeit floß den Lieferanten die bedeutende Summe von 208,87 Millionen Mark zu. Dem Werte nach ergibt sich gegen das Vorjahr ein Mehr von 12,54 Millionen Mark oder 36,39 Prozent. In dieser gewaltigen Wertsteigerung offenbart sich deutlich die starke Verteuerung der meisten Hölzer seit dem Vorjahre, ein Faktor, der den Geschäftserfolg mancher Holzgewerbetreibenden im laufenden Jahre nicht unerheblich herabmindern wird. Demgegenüber ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Absatz von Holzwaren entschiedene Fortschritte gemacht und daß zumal das Exportgeschäft von Holzfabrikaten heuer eine starke Ausdehnung erfahren hat. In den ersten acht Monaten des Jahres 1911 nahm der Weltmarkt 453 070 Doppelzentner deutsche Holzwaren auf; die Ausfuhrmenge liegt in den entsprechenden Monaten des laufenden Jahres auf 518 526 Doppelzentner. Das bedeutet einen Zuwachs um 14,45 Prozent. Der Wertzuwachs errechnet sich demgegenüber auf 12,16 Prozent; die Ausfuhr des laufenden Jahres repräsentiert nämlich einen Wert von 43,96 Millionen Mark gegen 39,20 Millionen Mark im verfloffenen Jahre. Das im Holzgewerbe investierte Kapital hat in den letzten Jahren, im ganzen gesehen, eine zufriedenstellende Rate abgeworfen; das gilt auch, soweit sich bisher übersehen läßt, für das leistungsfähige Geschäftsjahr. In den Monaten Januar bis Juli 1912 publizierten nämlich 49 Aktiennachrichten der Holzindustrie ihre Bilanz in einer Form, die einen Vergleich mit dem vorigen Geschäftsbericht gestattet. Das gesamte Nominalkapital dieser Betriebe wuchs im Verlauf der letzten Jahre von 68,62 auf 69,70 Millionen Mark. Den Inhabern der Anteilscheine floßen für das vorliegende Betriebsjahr 5,67 Millionen Mark zu; beim letzten Abschluß konnten insgesamt 5 83 Millionen Mark verteilt werden. Bezogen auf das dividendenberechtigende Kapital liegt die Durchschnittsdividende demnach von 8,3 v. H. auf 8,4 v. H. Entsprechend diesen Erträgen ist die

Unternehmungslust im Holzgewerbe im laufenden Jahre überaus reger. Während der Berichtsmonate Januar bis August 1912 sind nicht weniger als 18,91 Millionen Mark in gesellschaftlichen Betrieben der Holzindustrie angelegt worden. Diese Summe ist bedeutender als der in den Korrespondenzzeiten der letzten vier Jahre kapitalisierte Betrag. Man muß schon bis zu den Parallelmonaten des Hochkonjunkturjahres 1907 zurückgehen, um auf eine freilich noch höhere Summe zu stoßen, die dem offenen Geldmarkt zwecks Anlage in der Holzindustrie entnommen wurde. Die Verteilung der Neuanvestierungen auf Neugründungen und Kapitalserhöhungen in den letzten sechs Jahren gestaltete sich nach Millionen Mark folgendermaßen:

Jan.-Aug.	Neugründungen	Kapitalserhöhungen	Summe d. Neuanvestierungen
1907	16 56	4 81	21 37
1908	5 50	5 50	11 00
1909	7 09	2 92	10 01
1910	8 84	1 39	10 22
1911	8 39	2 60	10 99
1912	9 66	9 25	18 91

Bemerkenswert ist die gewichtige Steigerung des Kapitalbedarfs bereits bestehender Unternehmungen im laufenden Jahre. Allerdings ist hinzuzufügen, daß von den 9,25 Millionen Mark allein 7 Millionen Mark auf die Kapitalserhöhung eines einzigen Großbetriebs entfallen. Bei einer eingehenden Verfolgung der Gründungstätigkeit im Holzgewerbe zeigt sich übrigens, daß die Zahl der kleinen Betriebe fortwährend anwächst; in die Beträge für Kapitalserhöhungen teilen sich meist sehr wenige Großfirmen.

**Die Ausbildung der Lehrlinge.**

Wiederum sind vor wenigen Wochen eine Anzahl junge Menschenkinder aus der Schule entlassen worden, die jetzt vor die schwere Frage gestellt werden, einen Beruf zu wählen, um in diesem den Kampf ums Dasein aufzunehmen. Die Entscheidung ist in der Regel nicht leicht. Die Wahl der Kinder unseres erwerbsfähigen Mittelstandes ist nicht allzugroß. Möge die Befähigung des einzelnen noch so groß sein, so kann er in den meisten Fällen derselben wenig nachgehen, indem die Eltern meist vermögenslos sind. Er ist also gezwungen, das erste beste Handwerk zu erlernen, wenn er nicht sein Dasein als ungelerner Arbeiter fristen will. Zwar heißt es noch immer, das Handwerk hat einen goldenen Boden. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß das Gold verdammt viel mit Eisen vermischt ist. Für die betreffenden Eltern kommt noch die bange Sorge, dem Sohn eine Lehrstelle zu verschaffen, in der er eine gründliche Ausbildung erhält. Dies ist mit der schwierigste Punkt. Hat der Junge nicht eine angemessene Ausbildung erhalten, so wird ihm sein späteres Fortkommen doppelt erschwert. Ohne Zweifel gibt es tüchtige Lehrherren, die es gewissenhaft mit der Ausbildung nehmen. Unzählige gibt es aber, die den Lehrling nur als Ausbeutungsobjekt betrachten.

In der richtigen Erkenntnis dieses Uebelstandes, und in der Voraussetzung, daß ein gut ausgebildeter Nachwuchs nur eine Garantie für das spätere Handwerk bietet, haben sich die Handwerkskammern seit ihrer Gründung mit dieser Frage beschäftigt. Man zeigte anfangs auch etwas Energie, ließ aber bald davon ab einen operativen Eingriff in die Eiterbeule zu machen. Es wurden lange Debatten über die Festsetzung der Höchstzahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben geführt, ließ aber halb als angeblich undurchführbar davon ab. Zu Wirklichkeit wollte man keinem weise tun. Ohne Zweifel wäre die Begrenzung der Höchstzahl der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben ein Fortschritt gewesen. Es ist doch leicht erklärlich, daß in Betrieben mit 1—2 Gesellen und 15—20 Lehrlingen, wie festgestellt wurde, letztere nicht die notwendige Ausbildung erhalten konnten. Man wurde dazu übergegangen, Prüfungsordnungen zu schaffen, die ohne Zweifel ganz außerordentliches von dem jungen Prüfling verlangten. Dabei wurde man

aber das Gefühl nicht los, daß ein großer Teil von Handwerksmeistern wohl selber zu tun hätte, um diese Prüfung, wenn sie korrekt vorgenommen werden sollte, zu bestehen. Der größte Schwerpunkt in der Ausbildung liegt meines Erachtens darin, daß der Junge seine 3—4 Jahre herunterreißt, und dann sich einer sogenannten Gesellenprüfung unterziehen muß. Hat derselbe nun, was doch sehr häufig vorkommt, nicht die nötige Ausbildung erhalten, so läßt man ihn aus Mitleid Geselle werden, oder er muß ein halbes Jahr nachlernen. In den meisten Fällen wird dem Lehrling die Schuld zugeschoben, nur äußerst selten wird nachgeprüft, ob der Lehrherr es auch an der notwendigen Ausbildung hat fehlen lassen. Als früheres Mitglied des Gesellenausschusses der Handwerkskammer habe ich wiederholt den Antrag gestellt, eine Vorprüfung einzuführen, vielleicht in der Hälfte der Lehrzeit, um dabei vielleicht festzustellen, ob der Lehrling oder der Lehrherr an der mangelhaften Ausbildung die Schuld trägt. Bedauerlicherweise wurde dieser Antrag stets als undurchführbar abgelehnt, obwohl man eine gewisse Berechtigung dem Antrage nicht absprechen konnte. Ich habe mich hier stets von dem Gedanken leiten lassen, daß man unmöglich verlangen kann, daß ein Lehrling, der seine 4 Jahre gelernt hat und mangelhaft ausgebildet ist, noch eine weitere Zeit lernen soll, da dessen Gemüt dann doch so verbitert wird, daß er auch dem freundlichsten Zuspruch unzugänglich ist. Eine erfreuliche Erscheinung hierzu ist, daß die Regierung mit aller Energie auf die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts hinstrebt. Hiergegen sträubten sich allerdings vielfach der Lehrherr, sowie der Lehrling. Letzterer, weil er noch nicht das nötige Verständnis dafür hat, ersterer weil er es nicht fassen konnte, daß für einen Handwerkerstand in erster Linie Rechnen und nochmals Rechnen in Betracht kommt. Gäbe man in früheren Jahren darauf mehr Gewicht gelegt, dann kämen heute nicht solche Submissionsblüten zum Vorschein. Wie sehr man sich gegen den Schulzwang von Seiten der Meister wehrt, zeigt ein Ausspruch, den ein biederer Schneidermeister gebrauchte, als er ausrief: „Wenn ich meinen Lehrling in die Schule schicken soll, dann kann ich ihn gleich auf die Universität schicken, dann kann er gleich Professor werden, aber nicht Handwerksmeister.“ Man hat dann auch in vielen Orten mit der Drohung der Entziehung des Prüfungsrecht der Lehrlinge vorgehen müssen, um die Fortbildungsschule einzuführen. Ebenso wichtig ist der Fachschulunterricht. Es werden heute an den selbstständigen gelernten Arbeiterstand außerordentlich hohe Anforderungen gestellt. Es ist deshalb von der größten Wichtigkeit, auf die sorgfältige Ausbildung der Lehrlinge großen Wert zu legen. P. V.

**Mundschau.**

**Bundesrat und Fleischnutzung.** Der Bundesrat hat seine Zustimmung zu einem Gesetz gegeben, durch das die Berechtigung erteilt wird, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Auslande für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der von Bundesrate vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher gelangen lassen, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erlassen, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollhöhe von 35 oder 27 Mt. der Zollsatz von 18 Mt. für den Doppelzentner zugrunde gelegt wird. Die Zustimmung des Reichstags soll nachträglich eingeholt werden. Damit, daß der Zoll auf Fleisch bis zum 31. März 1914 auf 18 Mt., wenn auch unter den bekannten Einschränkungen, ermäßigt wird, gibt die Regierung selbst zu, daß der gegenwärtige Notstand nicht vorübergehender Natur ist.

**Folgen einer schlechten Wahlbeteiligung.** Bei den in Zeitz vorgenommenen Wahlen der Vertreter zu den Ortskrankenkassen der Bäder, Brauer und Tischler

**Einfaches Polierverfahren für Rahmenleisten, Möbel und dergl.**

Gewöhnlich wird das Polieren von Rahmenleisten, Harten Möbeln usw. in zwei getrennten Arbeitsschritten besorgt und zwar müssen die Holzleiste zunächst mit einem Porenfüllmittel präpariert werden, um dann nachher zur eigentlichen Politur überzugehen. Das Betreiben vieler Fabrikanten war es nun, dieses Polierverfahren daran zu vereinfachen, daß die getrennten Arbeiten durch Anwendung eines geeigneten Poliermittels vereinigt werden können, weil dadurch viel an Zeit, Material und Geld gewonnen wird. Zunächst hat man nun auch ein Poliermittel anständig gemacht, das diesen Ansprüchen nach jeder Richtung hin genügt. Dieses neue Poliermittel besteht aus einem Pulver folgender Zusammensetzung: 350 g Harz (Kolophonium), 250 g Schlemmleiste, 250 g Bari, 100 g Glycerinacetatparaffin (geriebene Amerikaner) und 50 g Zinkweiß. Die Veranlassung des Poliermittels beruht am zweckmäßigsten in der Weise, daß zunächst der Körper für sich fein gepulvert wird und dann die verschiedenen Körper in einer zweckmäßigen Reihenfolge nacheinander in geeigneten Mengenverhältnissen gründlich vermengt werden. Mit diesem Poliermittel verfährt man nun in folgender Weise: Man poliert unter Benutzung eines mit Spiritus durchtränkten Polierballens mit dem abgeputzten Holz-

nachdem man die zu polierende Fläche mit einer geringen Menge des trockenen Poliermittels bestreut hat. Nach völliger Verreibung des aufgetragenen Präparates wird dieser Prozeß je nach Beschaffenheit des zubereiteten Werkstückes zwei bis dreimal in gleicher Weise wiederholt. Zwischenpausen während der Verarbeitung der Grundpolitur brauchen nicht stattzufinden, da schon die erste Vorbereitung eine in sich gefestigte, ganz harte Bindenschicht über der Holzfläche erzeugt, welche fest mit dem Holze verbunden ist. Hiermit ist die eigentliche Grundpolitur beendet und eine glasartige Fläche auf den betreffenden Rahmen- oder Möbelteilen vollendet. Zwischen der vollendeten Grundpolitur und dem Beginne des Fertigpolierens, auch Anpolierens genannt, ist es gut aber durchaus nicht notwendig, wenn die polierten Flächen einen Tag über stehen. Nun erfolgt das Fertigpolieren, das in folgender Weise geschieht: Bei der Härte und Festigkeit der Grundpolitur ist es nur noch nötig, für das Fertigpolieren einen abschließenden Hochglanz zu erzielen. Zu diesem Zwecke braucht man an Stelle des bei der Grundpolitur angewendeten reinen Spiritus für den Polierballen schwache Politur (in Spiritus aufgelöstes Schellack) und bestreut den hiermit durchtränkten Polierballen mit dem neuen pulverförmigen Poliermittel. Will man in besonderen Fällen noch ein zweites Mal überpolieren, so bestreut man den Polierballen zum zweitenmal nicht mehr mit Schwach-

politur, sondern wie zu Beginn des Polierens, mit reinem Spiritus, und bestreut dann den Polierballen mit dem neuen Poliermittel. Der Polierungsprozeß kann aber erfahrungsgemäß noch bedeutend verkürzt werden, wenn man in Verbindung mit dem neuen Poliermittel, sowohl beim Grundpolieren wie auch beim Fertigpolieren und beim eventuellen darauffolgenden nochmaligen Überpolieren eine Polierflüssigkeit verwendet, die je aus Spiritus, Kopal und Sandrat in geeigneten Mengenverhältnissen besteht. Die drei Polierflüssigkeiten werden wie folgt zusammengelegt: 1. 1 l Spiritus, 35 g Kopal, 15 g Sandrat. 2. 1 l Spiritus, 70 g Kopal und 7,5 g Sandrat. 3. 1 l Spiritus, 17,5 g Kopal und 7,5 g Sandrat. Unter Verwendung der angegebenen drei Polierflüssigkeiten gestaltet sich das Polieren wie folgt: Das Grundpolieren wird in der gleichen Weise wie früher beschrieben durchgeführt, nur mit dem Unterschiede, daß man den Polierballen statt mit reinem Spiritus mit der ersten Polierflüssigkeit tränkt. Beim Fertigpolieren verfährt man ebenfalls wie oben erläutert, man tränkt aber den Polierballen mit der zweiten Polierflüssigkeit statt mit schwacher Politur. Beim darauffolgenden Hochglanzpolieren arbeitet man ebenfalls wie oben angegeben, jedoch mit dem Unterschiede, daß man den Polierballen mit reinem Spiritus befeuchtet. Immer aber ist bei diesem Verfahren der Polierprozeß erheblich vereinfacht und gekürzt. P. M.



wurden die bisherigen freiorganisierten Vertreter hin-  
ausgewählt, weil von vielen Tausenden freiorganisierten  
Mitgliedern sich nur 19 an der Wahl beteiligten.  
22 Unorganisierte und Gelbe wählten ihre Leute und  
rissen somit den Sieg an sich, obwohl sie sonst ein  
ganz verborgenes Dasein führen. Ein sehr schlechtes  
Zeugnis für die Zeiger organisierten Arbeiter, die so  
wenig Verständnis für den Wert der Vertreterwahlen  
zu sozialpolitischen Einrichtungen beweisen.

Obige Notiz macht gegenwärtig die Kunde durch  
die sozialdemokratische Presse und ist im allgemeinen  
von Anfang bis Ende erlogen, mindestens aber haben  
die Genossen von ihren eigenen Kollegen bei dieser  
Wahl eine herbe Badpfeife erhalten. Tatsächlich  
spielte sich der Vorgang wie folgt ab. Das Gewerk-  
schaftskartell in Zeig hatte natürlich als Vorschlagsliste  
lauter waschechte Genossen aufgestellt. Die Tischler  
der Firma Naelber in Zeig waren jedoch mit dieser  
Liste nicht einverstanden und stellten eine eigene Liste  
mit 6 Verhandlern, 2 Gewerkevereinigern und 6 Un-  
organisierten als Kandidaten auf, welche auch glatt  
gewählt wurden. „Selbe“, wie die Sozialdemokratie  
bezeichnet, sind nicht unter den Gewählten. Daß die  
Wut der Genossen groß ist, läßt sich verstehen, sind  
doch verschiedene alte Genossen, darunter auch der  
Vorsitzende der Klasse nicht wieder gewählt worden.

**Selbsterkenntnis** zeigt das Organ des schweizer-  
rischen sozialdemokratischen Holz-  
arbeiterverbandes in Nr. 37 d. J. Es wird  
dort Klage geführt über das unanständige Be-  
nehmen der jüngeren Mitglieder der  
sozialdemokratischen Gewerkschaften.  
Über die merkwürdigen Früchte der vielgerühmten  
„Erziehung“, welche die Arbeiter in den sozialistischen  
Gewerkschaften genießen, klagt das erwähnte sozial-  
demokratische Blatt wie folgt:

„An beiden (anständiges Benehmen und Wissen)  
fehlt es zumal bei unseren jüngeren Mitgliedern sehr.  
Sie fassen die Zugehörigkeit zur Organisation so auf,  
daß sie glauben, sprechen zu müssen, wie  
eine Wange. Diese Freiheit erstreckt sich nicht  
nur in die Werkstatt, sondern überall,  
gegen Meister und Nebenarbeiter,  
gegen Kollegen in und außer der Ver-  
sammlung. Sieht man so einen Kollegen an und  
betrachtet ihn näher oder stellt ihm einige Fragen,  
dann gewinnt man die Überzeugung, daß er oft  
nur ein dummes Blauderer ist, der ohne  
jegliche Erfahrung seinen Schnabel  
überall dreinmischt.“

### Aus den Ortsvereinen.

**Berlin.** Der Bezirk der Modell- und Fabrik-  
tischler hatte gemeinschaftlich mit dem Bezirk Nord und  
Baumtischler zum Sonnabend, den 26. d. M. bei  
P. Mattanich, Brunnenstr. 140 einen Familienabend  
veranstaltet. Die gesamten Räume der ersten Etage  
erwiesen sich zu klein, so groß war diesmal die Be-  
teiligung der Kollegen der beiden Bezirke, welche herbei-  
geströmt waren, um an der Veranstaltung teilzunehmen  
und bis zum frühen Morgen aushielten. Sollten in  
Zukunft die beiden Bezirke noch mehr solcher Feste  
gemeinschaftlich arrangieren, was im Interesse der  
Gewerkevereinsbewegung durchaus zu begrüßen wäre,  
so haben die Kommissionen am Sonnabend vieles  
gelernt, besonders das nächste Mal ein größeres Lokal  
zu wählen. Auch hat der Besuch des Festes, für alle  
Bezirke von Berlin, den Beweis erbracht, daß ein  
solches Fest beliebter bei den Kollegen ist, als ein  
Schilder-Vortrag von einer Gesellschaft. Ein Theater-  
stück „Der Treffer“, von einigen Kollegen der beiden  
Bezirke flott gespielt, hielt die Lachmuskeln der Zuhörer  
in fortwährender Tätigkeit. Ein Doppel-Quartett der  
Gewerkevereins-Vierteltel sorgte in anerkannter Weise  
mit für die Unterhaltung. Die Balkmusik wurde von  
einigen Kollegen der Modelltischler, unter Leitung ihres  
Obmannes, W. Kessel, in trefflicher Weise ausgeführt.  
Die musizierenden Kollegen haben gezeigt, daß sie  
nicht nur den Hobel pfeifen lassen, sondern auch den  
Fiedelbogen ausgezeichnet führen können. Alles in  
Allem: das Fest war urgemütlich und dürfte zur  
Wiederholung anregen. Carl Kuppel.

**Berlin.** (Gewerkevereins-Vierteltel.) Sonntag,  
den 10. November d. J., nachmittags 5 Uhr, veranstaltet  
die Gewerkevereins-Vierteltel in den Unionsfesthallen,  
Greifswalder Str. 221-223, ein großes Lokal- und  
Instrumental-Konzert, unter Mitwirkung des bekannten  
Rantischen Solisten-Ensembles. Da die Gewerkevereins-  
Vierteltel stets bemüht war, ihren Gästen etwas Ge-  
diegenes zu Gehör zu bringen, so soll es auch diesmal  
ihre Bestreben sein, die Gäste in jeder Beziehung zu  
friesen zu stellen, wofür in erster Linie unser Chor-  
meister, Herr Krengel, die beste Gewähr bietet. Einen  
genügenden Abend versprechend, appellieren Unter-  
zeichnete an die Gewerkevereinskollegen, uns mit ihrem  
wertigen Besuch zu beehren. Der Vorstand.

**Großenhain.** Ein Familienfest, im wirklichen  
Sinne des Wortes, war das 7. Stiftungsfest unseres  
Ortsvereins. Die Zeitung des Ortsvereins hatte auch  
alle Kräfte angespannt, um den Kollegen und deren  
Frauen sowie den wertigen Gästen, recht fröhliche Stunden  
zu bereiten. Wer beobachtet konnte, wie aus den  
fröhlichen Gesichtern nur Freude leuchtete, der war  
befriedigt von diesem Abend. So glänzte mit Be-  
stimmtheit sagen zu dürfen, daß, wenn nicht der Wirt  
zu vorgerückter Stunde Feierabend geboten, hätten wir  
überhaupt nicht an ein Nachhausegehen gedacht. Es

ist doch wirklich schön, wenn man nach all des Tages  
Last und Mühe den Arbeitsmittel mit dem Gefilde  
vertauschen und all die Sorgen, die einem drücken,  
vergessen kann. Man fühlt sich wieder mal als Mensch.  
Was mich am meisten freute hat, war, daß fast alle  
Kollegen anwesend waren. Kollegen, so ist es recht,  
so sollte es immer sein. Aber nicht nur an solchen  
Tagen, wo wir der Freude die Bügel schießen lassen,  
sondern auch da, wo es gilt, in ersten Angelegenheiten  
zusammen zu arbeiten. Um die Ideen des Gewerk-  
vereins zu verwirklichen, müssen alle Kollegen zur  
Stelle sein. Ich bitte deshalb alle Kollegen und  
Kolleginnen, unsere gute Sache zu unterstützen, indem  
sie fleißig die Versammlungen besuchen, denn dort  
haben sie Gelegenheit, mitzuberaten und mitzuarbeiten.  
Hoffentlich fallen diese Zeilen auf fruchtbaren Boden.  
Am 7. Dezember hält der Ortsverein Großenhain  
seine Generalversammlung, und ich würde mich freuen,  
wenn auch diese Versammlung so besucht sein würde,  
wie das 7. Stiftungsfest. Alle Kollegen müssen an-  
wesend sein, denn es gilt dort, Männer zu wählen,  
die den Ernst der Zeit erblickt haben und den Gewerk-  
verein nach innen und außen vertreten können. Eines  
steht fest, wo eine schlechte Zeitung besteht, ist es nicht  
möglich, vorwärts zu kommen. Darum Kollegen, auf  
zur Arbeit. Alfred Lippold.

**Kaiserlautern.** In unserer letzten Versammlung  
am Sonnabend, den 12. Oktober, sprach unser Be-  
zirksleiter Barnholt-Ulm über das Thema:  
„Warum kann der denkende Arbeiter  
nicht Mitglied einer gelben Gewerkschaft sein? Der Versuch der vaterländischen  
Wert- und Arbeitervereine hier in Kaiserlautern durch  
eine Massenverbreitung des „Südwestdeutschen Ar-  
beiterblattes“ Boden zu fassen, gab Veranlassung, sich  
etwas näher mit dieser Frage zu beschäftigen. Redner  
wies einleitend auf die Kämpfe hin, die in den  
vierziger Jahren das Volk um seine verfassungsmäßigen  
Rechte führte. Auch der Inhalt der Gewerk-  
schaftsbewegung sei nicht bloß ein Streben nach  
besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern auch  
ein Kampf um Verfassungsrechte des Arbeiters im Be-  
trieb; der Arbeiter müsse mehr sein und wolle mehr  
sein als nur eine lebendige Arbeitsmaschine. Für  
Menschenrechte und Menschenwürde trete der organi-  
sierte Arbeiter ein. Die deutschen Gewerkevereine  
(G.-V.) haben von jeher der friedlichen Verständigung  
das Wort geredet, aber nie Ideen vertreten, die wie  
die der „Gelben“ unserer Kulturbewegung der Ar-  
beiterschaft verhängnisvoll würden. Die Interessen der  
Unternehmer und Arbeiter sind weder völlig identisch,  
noch völlig gegensätzlich. Identisch sind sie insofern,  
als beide Teile Faktoren der Warenherstellung sind,  
von deren günstigem oder ungünstigem Verlauf beide  
betroffen werden. Gegenständig sind sie hinsichtlich der  
Verteilung des Produktionsertrages. Ein Ausgleich  
ist möglich, wenn beide unter Wahrung der Einzel-  
interessen Rücksicht auf die Gemeininteressen nehmen.  
Der Referent ging dann auf die Entwicklung und  
Entstehung der gelben Gewerkschaften, sowie auf ihre  
Tendenzen ein. Der Name „gelbe“ Gewerkschaft sei  
französischen Ursprungs, eigentlich verkehrt aber sei  
die Bezeichnung „Gewerkschaft“, denn richtiger sind es  
„Organisationen der Unorganisierten“. Das Be-  
halten manches „freien“ Gewerkschaftlers sei allerdings  
nicht schuldlos an solchen bedauerlichen Auswüchsen  
unseres Arbeiterorganisationslebens. Durch die Dil-  
tatorbestrebungen der sozialdemokratischen Gewerk-  
schaften, durch die gewaltsame Unterdrückung jeder  
anderen Meinung, des Organisationszwanges, sowie  
die öftere Überspannung der Streikbewegung habe  
man der gelben Bewegung den unerwünschten Nähr-  
boden beschafft. In Wesen gleich, aber in der Form  
verschieden, treten sie als „Werkevereine“, „vaterländische“  
oder „reichstreue“ Arbeitervereine, als gelbe oder auch  
„wirtschaftsfriedliche“ Vereine usw., auf. Der Redner  
geht näher auf die verschiedenen Spielarten ein, um  
dann die Gründe klar zu legen, die den denkenden  
Arbeiter abhalten müßten, Mitglied eines solchen Ver-  
eins zu werden, die Gefahren schildern, die auch der  
deutschen Volkswirtschaft und Kultur aus diesen  
schädlichen Pflanzungen der deutschen Arbeiterbewegung  
erwachsen. Die Gründung „gelber“ Gewerkschaften  
ist zu vermeiden: 1. Weil die Grundlage für die  
wirtschaftliche Reformarbeit das Koalitionsrecht bilde.  
Die letzte Konsequenz desselben sei das Streikrecht.  
Verzichte man auf letzteres, so werde ersteres genau  
so bedeutungslos, wie die Klinge einer halben Scheere.  
2. In der Großindustrie, weil diese jetzt schon durch  
ihre Kartellierung schwere Gefahren für das Gesam-  
wohl in sich trage, die dadurch um so größer würden,  
je mehr die Arbeiter abhängiger sind, sich ihrer  
Kampfmittel berauben lassen und dann nicht gemein-  
sam mit anderen geschädigten Volksteilen gegen eventl.  
Auswüchse sich wehren könnten. 3. In den Gewerben,  
weil sie die Voraussetzung zum Abschluß und zur  
Einhaltung von Tarifverträgen nicht liefern könnten.  
Sie hinderten damit die gesunde Entwicklung im  
Tarifvertragswesen, sowie die Organisation des Ge-  
werkes. 4. Weil der soziale Gedanke, die Solidarität,  
nur solche Menschen begeistern könne, die ein hohes  
Moz sittlichen Empfindens besitzen und den Vorteil  
der Gesamtheit über ihr eigenes Interesse zu setzen  
verstehen. Durch die gelbe Bewegung aber würden  
nicht freie Männer mit offenem und festem Charakter  
erzogen. 5. Aus politischen Gründen, weil derjenige,  
der die Freiheit seiner eigenen Person und seiner  
Familie so wenig achtet, daß er seine Existenz nur  
von der Gnade abhängig machen läßt, nie der Mann  
sein wird, der für politische Freiheiten und Rechte  
Opfer bringt. Der Redner verglich dann die „Gelben“  
mit einer Blatorange, die zwar auch äußerlich gelb,

innerlich aber rot sind. Der Materialismus der Gelben  
würde, selbst politisch betrachtet, nicht das sein, was  
man oft höre, ein Damm gegen sozialdemokratische  
Gesinnung, sondern nur ein Schein. An Hand  
mehrerer Beispiele beweist er dies. Es wäre traurig  
bestellt um unsere eigene Vaterlandsliebe, wenn sie  
wachsen würde aus dem Geiste, den die gelben „Vater-  
ländischen“ großzögen. Jeder, der Wert auf die Per-  
sönlichkeitsbildung lege, müsse es ablehnen, Be-  
strebungen zu unterstützen, die nur die Unfreiheit zum  
Ziele haben. Wer weiß, wie „Selbe“ oft in Groß-  
betrieben gezüchtet werden, brauche sich nicht zu  
wundern über das „Wachstum“ einer solchen Be-  
wegung, die sich nicht selten Zwangsmittel bedienen,  
die ihnen das Recht nähmen, über „Terrorismus“ der  
der Anderen zu reden. Der Referent wies dann  
darauf hin, daß sich selbst die nichtsozialdemokratische Ar-  
beiterschaft, gewerkschaftliche und konfessionelle Vereine  
scharf gegen die gelben Gründungen ausgesprochen  
hätten. Er erinnerte an den Gesamtliberalen Kongreß  
1908 in München, der es auch ablehnte, eine solche  
Bewegung gutzuheißen, an Äußerungen namhafter  
Sozialpolitiker und nicht zuletzt an den Stimmen, die  
einsichtige Unternehmer gegen die gelbe Bewegung  
haben laut werden lassen. Mit einem Appell zur  
Verbesserung für die deutschen Gewerkevereine und einer  
Schilderung ihrer inneren Einrichtungen schloß Redner  
unter großem Beifall der Versammlung. In der  
Diskussion sprachen sich noch mehrere Redner scharf  
gegen die gelben Vereine aus. Der denkende Arbeiter  
falle nicht auf solche Tiraden herein, sondern schreibe  
sich im Interesse seiner selbst, seiner Familie und  
seines Standes der Berufsorganisation an. Eine Zu-  
schrift am Danziger Rathause sage mit Recht:

„Freiheit ist niemals mit Geld erkaufbar.  
Freiheit dem Menschengeschlecht,  
Anechtschaft dem Tiere geziemt.“

**Posen.** Für Sonntag, den 13. Oktober, hatte  
der Ausschuss eine öffentliche Holzarbeiterversammlung  
nach Hotel de Saxo einberufen, die von unseren Mit-  
gliedern gut besucht war, auch einige Nichtorganisierte  
waren erschienen. Den Ortsverband vertretet der  
Schriftführer desselben, Kollege Bloß. Merk-  
würdigerweise hatte sich niemand von den anderen  
Organisationen eingefunden. Unser Bezirksleiter,  
Kollege Wolff, hatte das Referat übernommen. Ob  
es nun die Furcht war vor dem „böien Wolf“, der in  
Polen fraß, den Tischler mit dem Winkelmaß, wissen  
wir nicht, oder war ihnen das Thema nicht behaglich.  
Kollege Wolff sprach über: „Die Leistungen des Ge-  
werkevereins der Holzarbeiter anderen Organisationen  
gegenüber.“ Er entledigte sich seines Auftrages in  
anerkannter Weise. Er besprach die einzelnen  
Unterstützungseinrichtungen und wies klar und deutlich  
nach, daß sich der Gewerkeverein der Holzarbeiter mit  
seinen Einrichtungen wohl messen kann mit anderen  
Organisationen. Seine Ausführungen über die ein-  
zelnen Leistungen geschahen durch richtige Auslegung,  
namentlich derjenigen Paragraphen der Statuten, über  
die geteilte Meinungen vorhanden waren. Nach dem  
Vortrage wurden noch verschiedene Fragen von den  
Kollegen an den Referenten gerichtet, über die er zur  
Zufriedenheit der Fragesteller Aufklärung gab. Hierauf  
fanden die amtlichen inneren Angelegenheiten des  
Ortsvereins ihre Erledigung. Bei dieser Gelegenheit  
wurde vom Kollegen Wolff auch noch manche Auf-  
klärung gegeben über die Bestimmungen unseres  
Krankenkassenstatuts. Die Anwesenheit unseres Be-  
zirksleiters war von großem Wert und sagen wir ihm  
noch an dieser Stelle unseren Dank.

**Thema.** In unserem an Industrie reichen  
Städchen, sind die Arbeitsverhältnisse, sowohl was  
den Lohn als auch die Arbeitszeit betrifft, noch lange  
nicht als zufriedenstellende anzusehen. Nachdem in  
der deutschen Holzindustrie die 60 stündige Arbeitszeit  
immer mehr verschwindet, konnten die Arbeitgeber auch  
hier den Forderungen der Arbeiterschaft nicht mehr  
länger sich widersetzen und haben die 59 stündige Ar-  
beitszeit mit Lohnausgleich bewilligt. Wenn es auch  
wenig ist, was den Kollegen zugestanden wurde, so  
bedeutet das Erreichte doch einen Fortschritt gegenüber  
den bisherigen Verhältnissen. Damit dürfen wir aber  
nun nicht denken, daß nun für alle Ewigkeit in dieser  
Beziehung nichts mehr gemacht werden soll, nein, das  
nun Erreichte betrachten wir als Abschlagszahlung für  
unsere weitergehenden Forderungen. Außer den  
Tischlern haben auch die Bildhauer eine Lohnerhöhung  
gefordert und sind denselben 2 bzw. 3 Pfennig be-  
willigt worden. Nun gilt es für die hiesigen Kollegen  
mit dem Indifferentismus als dem größten Gegner  
der Organisation, aufzuräumen. Wir müssen die  
noch der Organisation fernstehenden aufklären und  
dieselben überzeugen, daß nur der „Berufsverein“ ein  
wirksames Mittel ist, die Arbeitsverhältnisse zu ver-  
bessern. Aber auch der gute Wille und die gegen-  
seitige Achtung sind dazu angetan, unsere Bewegung  
vorwärts zu bringen. Und auch den Heimarbeitern,  
d. h. solchen Kollegen, die in der festgelegten Arbeits-  
zeit nicht genug bekommen und nach Feierabend noch  
zu Hause schuften, worunter sich auch frei organisierte  
befinden, ist das Handwerk zu legen, denn sie sind es,  
die dadurch den Lohn drücken. Die organisierten  
Kollegen selbst bedürfen jedoch auch der Aufklärung,  
nicht nur mit dem Rationieren ist es getan, es müssen  
Taten folgen. Deshalb müssen die Kollegen die Ver-  
sammlungen besuchen, denn nur in denselben können  
sie die notwendige Aufklärung erhalten und sich über  
die örtliche Bewegung auf dem laufenden erhalten.  
Darum, Kollegen, hinein in die Versammlung, damit  
wir uns vorbereiten, eine weitere Verkürzung der  
Arbeitszeit zu erringen, damit auch die Themarianer



sich in Zukunft würdig an die Seite anderer Städte stellen können. Darum tue jeder seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. R. Mertens.

**Lohnbewegung.**

Zuzug ist fernzuhalten nach Braunsberg (Dfstr.), Rybnik (Drechsler), Stolp (Firma Bloch), Striegau (Stuhlfabrik).

**Königsberg.** In der Metallgewerbe, dem größten Metallbetrieb in der dortigen Gegend, sind die Hilfsarbeiter in den Streik getreten, worauf das Unternehmen mit der Aussperrung antwortete. Die Direktion des Werkes lehnt nach wie vor jede Lohnerhöhung ab, will aber den Hilfsarbeitern eine Teuerungszulage von 21 Mk. bei der ersten Löhnung, sowie zu Weihnacht und Ostern, gewähren. Die Hilfsarbeiter lehnten jedoch dieses Angebot ab und verlangten Umrechnung dieser Zulage auf die laufenden Löhnungen, d. h. 45 Pf. pro Tag Teuerungszulage. Hieron wollte jedoch bezeichnenderweise die Direktion nichts wissen, so daß die Aussperrung weitergeht. Am 23. Oktober hat die Direktion an alle Arbeiter Briefe geschickt, in denen aufgefordert wird, sich bis zum 26. Oktober zu den früheren Bedingungen zur Arbeitsaufnahme zu melden. Nach diesem Termin sollen nur noch die der Firma genehmen Arbeiter eingestellt werden. Dann wird noch mit der Entziehung

von Unterstützung aus dem Unterstützungsfonds und Besetzung der Stellen durch anderweitige Arbeiter geredet. Kurz, die Direktion droht den Arbeitern. Ob diese Maßnahme gerade glücklich war, wollen wir dahingestellt sein lassen.

**Adressenänderungen.**

- Danzig I.** Vorsitzende: S. Machalinski, Jakobswal, Ecke Wallgasse 3 (Neubau).
- Salle a. S. Vitegnitz.** Wilh. Jänike, Schützenstr. 17. O. Schubert, Emilienstr. 2a.
- Bremen.** Schriftführer: A. Seig, Polzburger Str. 176.
- Elbing.** F. Goerke, Schleusendamm 12.
- Salle a. S. Lauenburg.** E. Banke, Moritzkirchhof 12. Ernst Bisly, Stolper Str. 16.
- Spandau.** E. Neugebauer, Sidwigstr. 3.
- Raffierer:** Hochheim. R. Kolb, Tafelgasse 3. Rummelsburg i. P. S. Wittenberg, Vindenstr. 174. Worms a. Rh. Fr. Sammet, Nibelungenring 55.
- Bezirksleiter:** Danzig. W. Mroczkowski, Wallgasse 21.
- Hauptvorstandsmitglieder:** Berlin. G. Koch, SO 36, Grünauer Str. 16. Fürth. S. Reder, Hornschuchpromenade 22. Leipzig. M. Goldig, Döllnitzer Str. 9.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 44. Wochenheft für das Jahr 1912 fällig

**Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.**  
**Sonnabend, den 2. November 1912:** Bezirk Ost und Südost. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Zimmermann, Kopenstraße 65. Großer wissenschaftlicher Vortrag der Deutschen Kolonialgesellschaft. Alle Kollegen mit ihren Damen sind hierzu eingeladen. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wollschläger, Adalbertstr. 21, Bahlabend. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, im Bienenstöckchen, Schloßstr. 66, Bahlabend. Modell- und Fabrikarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Bahlabend.  
**Sonnabend, den 9. November 1912:** Bezirk Ost und Möbelarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, bei Reich, Petersburger Straße 55, Bahlabend. Bezirk Nord und Bauarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Matiausch, Brunnenstr. 143, Bezirksversammlung. Bezirk Charlottenburg. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Marzall, Gehestr. 59, Bahlabend. Bezirk Moabit. Abds. 8 1/2 Uhr, Turmstr. 18, Bezirksversammlung.  
**Sonntag, den 10. November 1912:** Einseker. Vorm. 10 Uhr, b. Zimmermann, Kurzestr. 17 (nahe Alexanderplatz), Branchenversammlung.  
Kege Beteiligung an allen Versammlungen erwartet  
Die Verwaltung.

Dieser Nummer der „Eiche“ liegen die grauen Karten für das Kaiserliche Statistische Amt bei. Um pünktliche und vollzählige Einlieferung derselben wird besonders ersucht.

**Empfehlenswerte Schriften für die Bibliotheken unserer Ortsvereine.**

<b>Goldschmidt:</b> Die Deutschen Gewerkschaften . . . 0,50	<b>Pieper u. Gel. Simon:</b> Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schulpalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken . . . 1,00	<b>Lange:</b> Die Arbeiterfrage . . . 2,00
Weltanschauung und Arbeiterbewegung . . . 0,10	Agahr u. M. v. Schulz: Gesetz betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben . . . 3,60	<b>L. Pöhl:</b> Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im 19. Jahrhundert . . . 1,25
Vereinsrecht für das Deutsche Reich . . . 0,30	<b>Prof. Dr. A. Wagner, Geh. Reg.-Rat u. Privatdozent Dr. Preuß:</b> Referate über „kommunale Steuerfragen“ . . . 0,40	<b>Boellath:</b> Der Arbeiterschutz . . . 1,00
Die Krankenversicherung 1912 . . . 0,30	<b>Dr. Rudolf Meerwarth:</b> Untersuchungen über die Hausindustrie in Deutschland . . . 0,45	<b>Dr. Potthoff:</b> Soziale Rechte und Pflichten . . . 1,00
<b>R. Goldschmidt u. A. Dahn:</b> Festschrift zum 70. Geburtstag Dr. Max Girsch . . . 0,10	<b>Amtsgerichtsrat Dr. Paul Köhne:</b> Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland. II. Kriminalität und sittliches Verhalten der Jugendlichen . . . 0,15	Problem des Arbeitsrechts (2. Aufl. geb.) . . . 5,00
Zeitreden zum Gewerbegerichtsgebot von Dr. Max Girsch . . . 0,30	<b>Dr. Karl Wittmann:</b> Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland. I. Arbeitsverhältnisse der den §§ 138—139a der Gewerbeordnung unterstellten minderjährigen Arbeiter . . . 0,50	<b>Sombart:</b> Sozialismus und soziale Bewegung . . . 3,20
<b>Erkelens:</b> Die freibeitlich-nationale Arbeiterbewegung . . . 1,00	<b>Dozent Dr. med. J. Kamp:</b> Die jugendlichen Arbeiter in Deutschland. III. Schädigung von Leben und Gesundheit der Jugendlichen, namentlich im Zusammenhang von Zeit und Art der beruflichen Beschäftigung . . . 0,35	Die gewerbliche Arbeiterfrage . . . 0,80
Arbeiterkatechismus . . . 1,00	<b>Dr. Fr. Oppenheimer:</b> Die soziale Frage und der Sozialismus . . . 1,20	Gewerbetreiben (2 Bände) . . . 1,60
Gewerbegerichtsstatistik . . . 0,40	<b>Naumann:</b> Neudeutsche Wirtschaftspolitik . . . 3,00	<b>Loennies:</b> Die Entwicklung der sozialen Frage . . . 0,80
Die Unfallversicherung 1912 . . . 0,30	Die politischen Parteien . . . 2,00	<b>Geinr. Freese:</b> Das konstitutionelle System im Fabrikbetrieb . . . 2,50
Was ist sozial? . . . 0,10	Die Erziehung zur Persönlichkeit . . . 0,50	<b>Damaschke:</b> Aufgaben der Gemeindepolitik . . . 1,50
<b>Erkelens u. Kopp:</b> Die Arbeiterfrage . . . 0,10	Das Ideal der Freiheit . . . 0,50	Die Bodenreform, Grundfähliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not . . . 3,25
<b>Lewin:</b> Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung . . . 0,30	Die Kunst im Zeitalter der Maschine . . . 0,50	Geschichte der Nationalökonomie. Eine erste Einführung . . . 5,00
<b>Reich:</b> Reform des Arbeitsrechts . . . 0,30	Kunst und Industrie . . . 0,25	Vollständige Redekunst. Erfahrungen u. Ratsschlüsse . . . 1,00
<b>Ulster:</b> Verfall des Arbeitsrechts . . . 4,80	<b>Brentano:</b> Das Freihandelsargument . . . 0,75	<b>A. Bohlmann:</b> Lauenbrevier der Nationalökonomie . . . 2,40
<b>Bloch:</b> Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung . . . 1,00	<b>v. Gerlach:</b> Die Geschichte des preussischen Wahlrechts . . . 1,00	Der Staat und die Syndikate . . . 1,00
Geschichte des sozialistischen . . . 0,15	<b>Kapf:</b> Land und Freiheit (herabgesetzt) . . . 0,20	<b>Henry George:</b> Fortschritt und Armut . . . 2,20
Die Deutschen Gewerkschaften . . . 0,15	<b>Kiepling:</b> Der Arbeiter und die Kirche . . . 0,30	Die Erlösung aus sozialer Not . . . 1,50
Geschichte der freien (sozialdemokratischen) Gewerkschaften . . . 0,15	<b>Sammer:</b> Das Recht des Angestellten an seinen Erfindungen . . . 1,00	<b>J. Wähler:</b> Der Kampf um die Schule . . . 1,00
Die christlichen Gewerkschaften . . . 0,15	<b>Harms:</b> Arbeitskammern und Kaufmannskammern . . . 0,80	<b>Heinz Potthoff:</b> Privatangestellte und politisches Leben . . . 1,00
<b>Sarnholt:</b> Arbeiter und Politik . . . 0,15	<b>Hertner:</b> Arbeiterfrage . . . 11,00	<b>A. Wolf, M. d. L.:</b> Die Stellung des Bauern in der deutschen Wirtschaftsentwicklung . . . 1,00
Arbeiter und Organisation . . . 0,15		<b>Ludwig Herz:</b> Wirtschaftspolitische Streitfragen . . . 1,00
Die Deutschen Gewerkschaften im Strom des öffentlichen Lebens . . . 0,10		<b>Alfred Thimm:</b> Der Privatbeamte und das öffentliche Leben . . . 0,10
<b>Fischer:</b> Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung . . . 0,20		<b>Ja Freudenberg u. Wilhelm Ohr:</b> Die Frau und die Politik . . . 0,20
Was heißt politische Arbeit? . . . 0,15		<b>Anna Pappay:</b> Die Frau im öffentlichen Leben . . . 0,10
Die Sozialdemokratie, ihre Grundlagen und ihre Arbeit . . . 1,00		<b>Paul Lang:</b> Was soll man der Jugend zu lesen geben . . . 0,20
Arbeiterkatechismus . . . 1,20		<b>S. Grunsky, Prof. in Aalen:</b> Preußen und das Reichstagswahlrecht . . . 0,20
<b>Saffermann u. Giesberts:</b> Die Arbeiterberufvereine . . . 0,20		<b>Prof. Dr. J. Cauer:</b> Die preussische Verfassung . . . 0,15
<b>Sachse u. Fr. v. Verleppich:</b> Die Einrichtung eines Reichsarbeitsamtes . . . 0,20		<b>Pfarrer H. A. Erwin Kreuzer:</b> Bodenrecht und Bodenunrecht . . . 0,15
<b>Zimmermann:</b> Gewerbliches Einigungsweien in England und Schweden . . . 0,70		<b>J. Bestlar:</b> Die Wohnungsfrage der minderbemittelten Klassen in den großen Städten Deutschlands . . . 0,20
<b>Gesellschaft für soziale Reform:</b> Methoden des gewerblichen Einigungsweiens . . . 1,50		
<b>Kiehn u. Giesberts:</b> Arbeiterkonsumvereine . . . 0,40		
<b>Jensich:</b> Volkswirtschaftslehre . . . 2,50		

**Anzeigen.**

Für den Inhalt der Anzeigen ist die Redaktion der Zeitung gegenüber nicht verantwortlich.

Ein alter Brauch ist es, daß man sich bei besonderen Anlässen, wie bei Geburts- und Namensfeiern, bei Verlobung, Vermählung u. dgl. beiseite. Selbstverständlich will man nur Gediegenes spenden. In wichtigen Vertrauenssachen kann man sich unbefangt an das bestbewährte und als streng reell bekannte Versandgeschäft Jena & Co in Berlin N. S. 511, wenden. Welche enorme Auswahl diese hervorragende Firma in Geschenk- und Kunstgegenständen, Schmuckstücken, Uhren, Musikinstrumenten, photographischen Apparaten, Sprechmaschinen, Spielwaren usw. zu finden. Briefen auf Zeitzahlung bei benannten monatlichen Raten bieten, davon gibt der vornehm ausgefallene Pracht Katalog herabgedruckt. Als Beleg für die Leistungsfähigkeit der Firma sei nur an den enormen Umsatz (alljährlich 200000000) und an die stetige Ausdehnung des Kundennetzes erinnert. Dieser erreicht sich über 20000 Orte Deutschlands. Höhere interessante Details terrär der reich illustrierte Preis-Katalog mit 2000 Abbildungen, den jeder Leser unseres Katalogs auf Verlangen gratis und portofrei erhält. Wir empfehlen daher allen unsere Kataloge ungekaut eine Postkarte zu schreiben an Jena & Co., Berlin N. S. 511, Belle-Alliancestr. 3 und diesen Katalog zu verlangen.

**Ortsverein Neufölln.**  
Sonnabend, den 9. November 1912, b. Kramer, Hermannstr. 199, **Versammlung.**  
Solljähriges Erscheinen erwartet  
Der Ausschuß.

**Stolp.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Drechsler, Bildhauer und Stelmacher befindet sich bei dem Kollegen Poethke, Schulstr. 5a, der für die Holzpanzermacherbranche bei dem Kollegen S p l i n, Sandberg 12, Kollegen, die hier in Arbeit treten oder sich verändern wollen, sind verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen.

**Überall kann mans hören**

daß Walde „Der praktische Tischler“ das beste Lehr- und Vorlagebuch für jeden Tischler ist. Das über 800 Seiten starke Werk mit 1065 Textfiguren, 54 ein- und 8 mehrfarbigen Tafeln und 2 zerlegbaren Modellen kostet nur M. 22.— Die Zahlung kann in monatlichen Raten à M. 3.— erfolgen. Wer vorwärts kommen will, muß dieses von Kollegen allseitig empfohlene Werk besitzen; es erleichtert jedem das Fortkommen und hilft verdienen. Beachten Sie die günstigen Zahlungsbedingungen und bestellen Sie es noch heute von E. V. Friedr. Reissner, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10f.

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg**  
Erstklassige technische und kunstgewerbliche Lehranstalt mit praktischer Ausbildung. — Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche. — Progr. u. Leist. — 1912. — 1000 Schüler.

**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,—**  
Hier ist in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Kommissionsfirmen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich 100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4,— Mk., 100 Stück feine 9 Pfg.-Zigarren für 4,50 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5,— Mk., 100 Stück feine 11 Pfg.-Zigarren für 5,50 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6,— Mk. Ein Versuch führt zu dauernder Abhängigkeit. — 500 sende franco. — Nichtkonvertierendes nehme unfrankiert jurist. Versand nicht unter 100 Stück. — E. V. Friedr. Reissner, Buchhandlung, Leipzig, Salomonstr. 10f. — Gewarnt 1886.